

Maulkorb für die CDU-Fraktion? LINKE will Information über Haushaltsberatung und eigene Verantwortungslosigkeit untersagen

Die neuerlichen Angriffe der LINKEN-Fraktion im Stadtrat gegen die CDU-Fraktion im Hinblick auf deren offensichtlich unwahre Aussagen zum Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in Dresden kommentiert der jugendpolitische Sprecher, Patrick Schreiber MdL, wie folgt:

„Herr Kießling kritisiert, dass die CDU-Fraktion aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Unterausschusses Kita zitiert habe und dies seiner Meinung nach gegen §§ 43 Abs. 2 und 3 i.V.m. 37 Abs. 2 Halbsatz 1 und 40 Abs. 2 Satz 3 SächsGemO verstoßen würde. Der Stadtverwaltung wurden die Vorwürfe zur Prüfung übermittelt.

Was Herr Kießling dabei übersieht oder wohl eher übersehen will: Aus genau dieser Sitzung des UA Kita, in der klargestellt wurde, dass der Rechtsanspruch eben nicht gesichert ist, wenn keine zusätzlichen Mittel für Investitionen bereitgestellt werden, wurde am 27.11.2014 auch in der öffentlichen (!) Sitzung des Jugendhilfeausschusses informiert.

Ich gehe nicht davon aus, dass Herr Kießling auch dem Vorsitzenden des Unterausschusses Kita oder der Eigenbetriebsleiterin Kindertagesstätten rechtswidriges Verhalten vorwirft. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, dass es hier weniger um die Form, sondern eher um den Inhalt geht, den die CDU-Fraktion offengelegt hat.

Ich verstehe ja, dass es unangenehm ist, beim Lügen ertappt zu werden. Dann aber mit juristischen Drohungen zu agieren, um denen den Mund zu verbieten, die hier einfache Wahrheiten klar benennen, ist lächerlich. Es zeigt, wie ernst es LINKE und Piraten mit Transparenz und Demokratie tatsächlich meinen.“, so Schreiber abschließend.

Stadtrat Kießling hatte am 20. Februar 2015 mittels Pressemitteilung behauptet, die Stadtverwaltung hätte erklärt, es gäbe mit dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz bis 2020 kein Problem. Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Ahnert, hatte daraufhin nachgewiesen, dass die Verwaltung mehrfach deutlich gemacht hat, dass - je nach Finanzmittelausstattung - der Rechtsanspruch ab 2017 bzw. 2020 nicht mehr gewährleistet werden kann.

Widergegeben wurden in diesem Zusammenhang die Ausführungen der Betriebsleiterin des Eigenbetriebs Kita im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses, wonach ‚Ohne die Baumaßnahmen der Priorität I die Garantie auf einen Kitaplatz ab 2017 und ohne die Umsetzung der Priorität II ab 2020 nicht mehr zu halten (ist)‘. Die Niederschrift dieser Sitzung wurde durch Stadtrat Kießling selbst unterzeichnet, was seine Ausführungen, er hätte von dem bevorstehenden Problem nichts gewusst, besonders absurd erscheinen lässt.

Dresden, den 24. Februar 2015 / Andreas Rönsch, Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden Dr.-Külz-Ring 19 01067 Dresden	Tel. +49 351 488 2257 Fax +49 351 488 2972 cdu-fraktion@dresden.de www.dresden-cdu.de
---	---